

Einleitende Bemerkungen zum Schwerpunktthema

Autor(en): **Petry, Erik**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde**

Band (Jahr): **119 (2019)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-860470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einleitende Bemerkungen zum Schwerpunktthema

von Erik Petry

Kommen heute Bahnreisende das erste Mal nach Basel, stehen sie oft ein wenig hilflos vor der Tatsache, dass es nicht nur zwei Bahnhöfe in Basel gibt (den Bahnhof SBB und den Badischen Bahnhof), sondern dass der eine, der Badische Bahnhof, zwar in Basel liegt, also ein Schweizer Bahnhof ist, sich in der ersten Wahrnehmung aber auf deutschem Boden befindet und also vielleicht doch ein deutscher Bahnhof ist? Die erste Wahrnehmung täuscht, der Badische Bahnhof befindet sich nicht auf deutschem Boden, sondern teilweise auf deutschem Zollgebiet, woran das heute nicht mehr bediente Zollhäuschen in der Unterführung erinnert. Aber der Badische Bahnhof zeigt symbolhaft die Nähe Basels zur angrenzenden süddeutschen Region – und das nicht erst seit der Eröffnung des heutigen Badischen Bahnhofs 1913. Nimmt man noch das Elsass dazu, ist Basel eine triregionale Grenzstadt, die diese Regionen tatsächlich mehr verbindet als trennt. Heute im Jahr 2019 ist das ein grosser Gewinn für die Region, doch in Krisen-, gar Kriegszeiten kann eine solche Nähe auch zum Problem werden. Mit dem 30. Januar 1933, der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, begann eine solche Krisenzeit, die schliesslich die Nähe und Kooperation Basels mit Deutschland erschüttern sollte.

Basel sah sich zunächst vor die Frage gestellt, wie mit dem Nationalsozialismus umzugehen sei. War dieser ein kurzfristiges Phänomen? Und wenn dies nicht der Fall sein sollte, würden die radikalen Vorstellungen, die die Protagonisten der NSDAP äusserten, auch umgesetzt werden? Hierbei ging es weniger um den Umgang mit der Wirtschaft, als um den angekündigten radikalen Umbau der deutschen Gesellschaft nach völkischen, antisemitischen Vorstellungen. Wer an ein temporäres Phänomen glaubte, sah sich im März 1933 mit der Tatsache der ganz offiziell verkündeten Gründung des ersten Konzentrationslagers (KZ) konfrontiert, dem weitere folgten. 1935 erschien in Zürich mit Wolfgang Langhoffs «Die Moorsoldaten» eine der ersten Publikationen, die erzählten, was sich in einem KZ tatsächlich abspielte. Nun waren rechtsvölkische Bewegungen in der Schweiz und in Basel nicht unbekannt, die Ereignisse 1933 förderten aber noch einmal die Motivationen dieser Bewegungen, die schliesslich unter dem Begriff der «Frontisten» figurierten. Neben den Schweizer Frontisten sahen sich die Baslerinnen und

Basler aber auch mit Organisationen der NSDAP in Basel konfrontiert. Und diese verschiedenen Organisationen zeigten sich, organisierten Zusammenkünfte, Propagandaveranstaltungen, Feste (etwa im sogenannten «Braunen Haus», dem heutigen Vorstadttheater), was in Basel grundsätzlich erst einmal nicht verboten war. Trotzdem mussten sich die Behörden der Frage des Umgangs stellen, denn es regte sich gerade im linken Basel Widerstand, auch gewaltsamer Widerstand, gegen diese Präsenz. Wie also umgehen mit diesen NS-Organisationen? Und wie überhaupt umgehen mit der deutschen Bevölkerung in Basel? 1935 hatten ca. 10 Prozent der Basler Bevölkerung einen deutschen Pass.

Die Schwerpunkttitel im vorliegenden Heft beleuchten das Thema aus fünf sehr unterschiedlichen Perspektiven, die aber aufzeigen, vor welche Herausforderungen Basel gestellt war, wie es diese zu bewältigen dachte und was sich aus diesen Strategien über das Verhältnis zu Deutschland, zum Nationalsozialismus ablesen lässt. Basel darf dabei nicht als monolithischer Block gedacht werden, die Diversität der Stadtgesellschaft bleibt beim Blick auf die Artikel ein wichtiges Thema. Christian Simon erläutert anhand der Berufungen auf Professuren in den chemischen Fächern der Universität Basel zwischen 1937 und 1941 die Möglichkeiten, die sich den berufenden Gremien und Behörden eröffneten. Man konnte jemanden aus der eigenen Universität, dem eigenen Institut berufen, wobei dies dann mit der Idee der Berufung von Schweizern verbunden war. Machte man die Berufung von Schweizern zum absolut zentralen Kriterium, kamen auch all die Schweizer in Frage, die in Deutschland arbeiteten und in die Schweiz zurückkehren wollten. Die dritte Möglichkeit waren hoch angesehene Wissenschaftler, die ihre Anstellung verloren hatten oder zu verlieren drohten, das heisst Nichtschweizer, viele von ihnen Juden. Alle diese Möglichkeiten wurden diskutiert und auch durchgeführt. Die Quellen zeigen vor allem in der letzten Möglichkeit die argumentationstragende Verwendung von Begriffen wie «Migrant», gleichzusetzen mit Flüchtling, oder «Jude», was ein Denken offenbart, das dann wieder eher auf isolationalistische Tendenzen in der Berufungspraxis hindeutete. Auch im Universitätsbetrieb selbst wurde schnell deutlich, wer tatsächlich willkommen war und wer nur aufgrund seiner Funktion, nicht aber als Mensch aufgenommen wurde.

Woher der Zeitgeist wehen konnte, wenn auch in dieser Form nur in kleinen Gruppen, zeigt Alexandra Heinis Artikel zu Ernst Leonhardt. Er und seine Mitstreiter waren Schweizer Nationalsozialisten, die dies offen zeigten, sich für eine Schweizer Form des Natio-

nalsozialismus einsetzten und bis 1941 so radikalisierten, dass sie einen Anschluss der deutschsprachigen Schweiz an das Grossdeutsche Reich propagierten. Doch der Artikel zeigt auch und gerade, wie sich Basel gegen Leonhardt und seine verschiedenen Organisationen wehrte: Zum Beispiel verbot der Regierungsrat Basel-Stadt 1934 «jede Schmähung der jüdischen Rasse und des jüdischen Glaubens», 1938 setzte der Bundesrat die «Demokratieschutzverordnung» ein, die Parteiverbote und strafrechtliche Konsequenzen für demokratiegefährdende politische Aktivitäten möglich machte, und schliesslich fand in Basel 1944 der sogenannten «Frontistenprozess» statt. Doch trotz der klaren Position, die Basel bezog, bleibt ein fahler Beigeschmack, denn wie viele Leute sympathisierten mit den Ideen eines Ernst Leonhardt, ohne sich gleich derart als Nationalsozialist zu äussern? Wie viele Leute standen einer autoritären Herrschaftsform nicht ablehnend gegenüber? Und wie viele trugen den Antisemitismus mit, der kennzeichnend für den Nationalsozialismus war?

Der Artikel von Ulrich Tromm über den Basler Polizisten Josef Böswald, der als Informant und Spion für den «Sicherheitsdienst» (SD) Deutschlands wirkte, verstärkt diese Fragen noch. Ein offensichtlich hoch begabter Polizei-Detektiv, also ein Verteidiger und Beschützer der schweizerischen Rechtsordnung, versties wissentlich und permanent gegen dieselbe, um den SD mit Informationen etwa über Flüchtlinge zu versorgen, im Wissen, was diese Informationen bedeuteten. Böswald arbeitete auch an einer «Verdächtigenkartei», die diejenigen Kollegen der Basler Polizei enthielt, die NS-Deutschland gegenüber kritisch eingestellt waren, wiederum im Wissen, was das für diese Kollegen bei einer Besetzung der Schweiz durch Deutschland bedeutet hätte. Der Artikel zeigt, dass sich nationalsozialistisches Gedankengut auch anders äussern kann, als es bei Ernst Leonhardt der Fall war.

Die Frage, wie weit Sympathie mit diesem Gedankengut in der Basler Gesellschaft vorhanden war, führt im Umkehrschluss zur Frage, wie sich die jüdischen Basler und Baslerinnen in dieser Situation gefühlt haben, wie sie sich äusserten, wie sie handelten. Ein Beispiel dazu stellt Barbara Häne in ihrem Artikel zum Basler Rechtsanwalt Marcus Cohn, dem Sohn des früheren Rabbiners Arthur Cohn, dar. Cohn engagierte sich in der Israelitischen Gemeinde Basel, sass zeitweilig in deren Vorstand, war aber auch ein ausgewiesener Zionist. Antisemitische Anfeindungen, etwa Schmierereien am Israelitischen Lehrhaus, erlebte er selbst. Die ab 1933 einsetzende Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland

und ab 1939 im besetzten Europa bedrückten Cohn derart, dass er höchst aktiv in der Fluchthilfe wurde. Nach einem Überblick der schweizerischen Flüchtlingspolitik seit 1933 geht Barbara Häne diesem Engagement Cohns akribisch nach. Sie beleuchtet dabei die legalen und illegalen Versuche, Flüchtlingen zu helfen. So wurde versucht, Juden und Jüdinnen mit paraguayischen Pässen zu versorgen, um zumindest deren Deportation zu verhindern, und es wurde versucht, Gefangene freizukaufen. Besonders eindrücklich sind zwei Fallbeispiele, in denen sich Cohn als Anwalt für eine Aufenthaltsgenehmigung einsetzte, aber beide Male daran scheiterte, dass die Behörden fanden, eine «Weiterreise sei nicht gesichert». Die Idee der Schweiz als Transitland wird hier überdeutlich, aber auch der Eindruck, jüdische Flüchtlinge wären in Basel und der Schweiz nicht besonders willkommen gewesen. Der Begriff der «Überfremdung» spielt eine grosse Rolle.

Die Flüchtlingslager des Territorialkommandos Basel untersucht Catrina Langenegger. Basel, aber auch andere Grenzstädte waren mit der Flüchtlingssituation in vielen Bereichen schlicht überfordert, nicht nur logistisch. 1942 wurde eine neue Struktur der Organisation der Flüchtlingslager eingeführt, die sich, wie Catrina Langenegger zeigt, am Beispiel Basel besonders deutlich darstellen lässt. Doch es ist nicht nur das Einrichten von Quarantänelagern, in die Flüchtlinge zunächst gebracht wurden, und Auffanglagern, in die sie danach kamen, sondern es ist das Übertragen der Verantwortung für die zivilen Flüchtlinge an das Schweizer Militär, was besonders heraussticht und der Verwaltung sowie dem Umgang mit den Flüchtlingen eine ganz besondere Note gibt. Ist das Betreuen ziviler Flüchtlinge überhaupt eine militärische Aufgabe? Wie gingen die Militärangehörigen damit um?

Der Sinn der Geschichtswissenschaft sind nicht einseitige Zuschreibungen, sondern das Erläutern komplexer Situationen und der Versuch, den Motiven der Akteurinnen und Akteure näher zu kommen. Das kann zu sehr positiven Ergebnissen führen, wie bei Marcus Cohn, das kann aber auch erschrecken, wie im Fall des Detektivs Josef Böswald. Die Forschungsergebnisse jedenfalls, die in den fünf Artikeln präsentiert werden, zeigen ein differenziertes Bild des Basler Denkens und Handelns.